

**MOTION** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Dr. Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht) und Dr. Matthias Gfeller (Grüne, Winterthur)

betreffend Massnahmenplan Klimaschutz

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat einen Massnahmenplan Klimaschutz zu unterbreiten. Damit soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Klimaziele zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kanton Zürich erreicht werden können und wie gleichzeitig die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung und hier insbesondere beim Ozon nachhaltig eingehalten werden können.

Susanne Rihs-Lanz  
Dr. Jürg Stünzi  
Dr. Matthias Gfeller

Begründung:

In den letzten Jahren jagen sich die Wetterextremwerte. Während vor einem Jahr eine Jahrhundertüberschwemmung grosse Gebiete vor allem in Teilen Deutschlands und in Tschechien überschwemmt hat haben wir in diesem Sommer in Westeuropa Rekordhitzetemperaturen, extreme Ozonwerte, eine extreme Trockenheit und der Permafrost schmilzt stärker denn je. Noch grössere Sorgen müsste uns dieser seit Jahren zu beobachtende Rückgang des Permafrostes bereiten.

Die Anzeichen für einen drohenden Klimawandel mit unabsehbaren Folgen auch für den Menschen sind unübersehbar. Die Wissenschaft kann leider noch keine gesicherten Prognosen abgeben. Dies verleitet die Politik zur Verdrängung der vorhandenen Fakten und ein grosser Teil der Politiker fordert immer noch ungebremstes Wachstum bei Autoverkehr (zum Beispiel Ausbau Gubristtunnel, äussere Nordumfahrung oder eine zweite Gotthardröhre) oder beim Flugverkehr (zum Beispiel Planspiele für einen Megahub mit Parallelpiste und 420'000 Bewegungen oder mehr). Sobald es um Arbeitsplätze geht, werden die Umweltfolgen sogar bei linken Politikern ausgeblendet.

Die Medien spielen das Thema Umwelt/Klima oder Ozon wie in der letzten Woche jeweils kurz hoch. Doch nach wenigen Tagen oder Wochen wird das Thema wieder verdrängt. Und so werden die Forderungen verhallen, keine Konsequenzen gezogen und das Handeln wird ein weiteres Mal verdrängt.

Doch diese Wetterextreme sind höchstwahrscheinlich Vorboten eines möglichen Klimawandels. Die Ursache ist unsere Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt und ein ungebändigtes Wachstum beim Energieverbrauch vor allem beim Verkehr und und hier vor allem beim Flugverkehr und beim Autoverkehr.

Die Folgen eines Klimawandels werden aber kaum Palmen am Zürichsee und mediterranes „Dolce Vita“ in Zürich sein. Vielmehr drohen zunehmend mehr und stärkere solcher Wetterextreme, welche zu grossen Schäden in unserem System führen. Die Kosten für die Folgen unseres Tuns beziehungsweise des Unterlassens von Massnahmen zur Verhinderung der Folgen werden die Steuerzahlenden und vor allem unsere Nachkommen zu tragen haben.

Deshalb muss endlich ein Umdenken einsetzen und wir müssen handeln bevor es zu spät ist. Dazu sind die beiden Hauptproblembereiche Strassenverkehr und Flugverkehr mit Massnahmen in Schranken zu weisen. Durch die Beschränkung beim Strassenverkehr kann der

Ausstoss von Stickoxiden (NOx) und Kohlenwasserstoffen (VOCs) als Vorläufer des Ozons vermindert werden und ebenso wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoss verringert.

Ein Moratorium beim Strassenbau ist eine der nötigen Massnahmen. Jede neue Strasse und jeder Strassenausbau erhöht die Kapazität und zieht damit auch neuen und mehr Verkehr an und verschärft damit das Problem. Lückenschliessungen sind in Tat und Wahrheit Schleusenöffnungen, welche das Problem an einen neuen Ort verlagern. Wird hingegen die Kapazität des Strassensystems beschränkt, kann diese unheilvolle Spirale gebremst werden. Zusammen mit einer markanten Verteuerung der Energie (und des Benzins), einer konsequenten Förderung des öffentlichen Verkehrs und weiteren Massnahmen kann das Verkehrsverhalten mittelfristig auf neue und umweltverträgliche Art umgestellt werden.

Die Beschränkung und Reduktion des Flugverkehrs löst das Problem der Lärmbelastung der Bevölkerung um den Flughafen und reduziert gleichzeitig auch die Emissionen in der Flughafenregion. Vor allem aber wird dadurch auch eine Reduktion der Emissionen und des CO<sub>2</sub> in den oberen Atmosphärenschichten erreicht, womit in diesen empfindlichen Schichten die Belastung reduziert wird und damit der Klimaeffekt verringert werden kann.

Massnahmen sind neben einer grundsätzlichen Verhaltensänderung hin zu weniger grenzenloser Mobilität zum Beispiel eine Umlagerung vor allem des Kurzstreckenluftverkehrs auf die Schiene. Das Erhalten von ökologisch fragwürdigen Arbeitsplätzen beim Flugverkehr war und ist ökologisch und ökonomisch falsch und muss gestoppt werden.

Gleichzeitig kann in der angespannten Finanzlage massiv Geld gespart werden und die Kosten für den Staat als Folge von umweltschädlichem Verhalten werden reduziert. Bedrohte Arbeitsplätze sind im Bereich des öffentlichen Verkehrs, der energetischen Sanierung von Gebäuden und im Sektor der erneuerbaren Energien neu anzusiedeln.

Wieder aufgenommener Vorstoss.

Ursprüngliche Einreicher: Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Barbara Hunziker Wanner (Grüne, Zürich) und Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)